

Artikel vom 12.03.2021

Energiewende, Biodiversität und Akzeptanz im Fokus

CSU-Stadtratsfraktion diskutiert über Freiflächen-Photovoltaikanlagen



Deutschland hat sich verpflichtet, bis 2050 klimaneutral zu sein. Dazu braucht es in allen Sektoren eine deutliche Reduzierung der CO₂-Emissionen. Für die Stromerzeugung bedeutet dies einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien. Die CSU Hilpoltstein trägt dieses Ziel mit und sieht die Verantwortung auf allen Ebenen vom Bund, über das Land und den Kreis bis zu den Kommunen. Aber auch das Gewerbe und jede und jeder Einzelne sei gefordert. So sei die Nutzung ohnehin versiegelter Flächen - Dächer, Fassaden, Parkplätze - Priorität einzuräumen. Und trotzdem werde man um Freiflächen-Photovoltaikanlagen nicht herumkommen.

"Die reine Ausweisung von Freiflächen für die Nutzung durch Photovoltaikanlagen greift aber zu kurz" zeigt sich der Vorsitzende der CSU-Stadtratsfraktion, Christoph Raithel überzeugt. Es dürfe nicht um ein Entweder-oder der unterschiedlichen Interessen sein, vielmehr gelte es einen möglichst verträglichen Kompromiss zu finden. So spielen neben der Erzeugung erneuerbarer Energie Erhalt und Ausbau der Biodiversität und das Landschaftsbild und damit die Akzeptanz in der Bevölkerung ebenso eine Rolle, wie die Interessen der kleinteilig strukturierten bäuerlichen Landwirtschaft.

"Es kann nicht sein, dass wir biologisch wertvolle Flächen umbrechen und mit Photovoltaik zupflastern und ebenso wenig können wir unseren Bäuerinnen und Bauern wertvolle Fläche

entziehen," betont Stadträtin Margarethe Heinloth. Gefragt sei daher eine ausgewogene Flächenauswahl, die einen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele bei zeitgleicher Schaffung wertvoller Lebensräume für Fauna und Flora, zur Akzeptanz in der Bevölkerung und zur regionalen Wertschöpfung leistet.

Zusätzlich müssen mittelfristig lokale Speichertechnologien die Stromerzeugung vor Ort sinnvoll begleiten. Insbesondere Power-to-Gas-Anlagen kommt hier eine wichtige Aufgabe zu. Die Stadtwerke Haßfurt betreiben bereits erfolgreich eine Koppelung aus Windkraftanlage und Elektrolysator zur Erzeugung von Wasserstoff. Dieser wird dem örtlichen Gasnetz beigemischt, kann künftig an einer Zapfsäule getankt werden oder über eine Brennstoffzelle wieder verstromt werden. Lokal produzierter Strom würde grundlastfähig und kann so das überregionale Stromnetz entlasten. Auch solche Konzepte gelte es in lokalem und regionalem Umfeld anzugehen.

"Solar-Kraftwerk" der N-Ergie zwischen Lay und Weinsfeld

Entlang der Autobahn A9 hat der Energieversorger N-Ergie 2019/20 ein "Solar-Kraftwerk" errichtet. Auf einer Fläche von 15,6 Hektar haben insgesamt 26.400 Solarpaneele eine Höchstleistung von 8 Megawatt. Im Jahr können so bis zu 8.400.000 Kilowattstunden erzeugt und damit rund 2.400 Haushalte mit Strom versorgt werden.

Freiflächen-Photovoltaik und Biodiversität

Die Fraktion sieht sich nun zwei Fragestellung gegenüber: Wieviel Fläche überhaupt? Und welche Flächen sollen unter welchen Bedingungen für Photovoltaikanlagen genutzt werden?

In seinem Klimapakt hat die Europäische Metropolregion Nürnberg (EMN) 2017 eine Steigerung der regenerativen Energien festgeschrieben, angesetzt wird eine Steigerung der installierten Leistung mit einem Faktor vier für Freiflächen-Photovoltaikanlagen und einem Faktor zwei für Windkraftanlagen bis 2030. In Zusammenarbeit mit der Energieagentur Nordbayern gilt es daher nun, die Ziele der EMN auf das Gemeindegebiet von Hilpoltstein herunter zu brechen und dabei regionale Unterschiede in der Stromausbeute zu berücksichtigen - Windkraft eher im Norden der EMN, Photovoltaik eher im Süden. Insgesamt kann sich die Stadt Hilpoltstein so an den Zielen der EMN beteiligen und einen aktiven Beitrag leisten. Mittelfristig sollten auch die Entwicklungsziele für 2050 auf Hilpoltstein umgebrochen und als Zielwert für gesetzt werden.

"Wir brauchen eine klare Bewertungsstruktur, die handhabbar und nachvollziehbar ist" betont CSU-Stadtrat Bernhard Harrer. Für die Bewertung der einzelnen Flächen spricht sich die CSU-Stadtratsfraktion daher für eine Orientierung an den erst kürzlich veröffentlichten Aspekten zur Flächenausweisung der Landwirtschaftlichen Lehranstalten Triesdorf aus. Diese berücksichtigen neben der technischen Erschließung auch die Beteiligung der Öffentlichkeit und eine Strategie zur Steigerung der biologischen Vielfalt. Die Triesdorfer Biodiversitätsstrategie benenne dabei klare Pflichtkriterien für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen, die auf eine Begrenzung der versiegelten Fläche, auf möglichst ungehinderte Querung von Tieren, sowie auf insektenfreundliche Ansaat und Bewirtschaftung ausgelegt sind.

Insgesamt seien neben den bereits oben benannten eh-da-Flächen, Flächen zu bevorzugen, die ohnehin eine Vorbelastung hätten, z.B. entlang von Verkehrsstrassen, wie dies bereits bei Lay erfolgt ist. Bei landwirtschaftlichen Flächen seien Grenzertragsstandorte zu bevorzugen, also Flächen, deren Ackerbodenzahl oder Grünlandgrundzahl zu den 50 Prozent der ertragsschwächeren Flächen auf dem Gemeindegebiet zählen.

Insgesamt plädiert die Fraktion dafür, sich an regional abgestimmten Zielen und Kriterien zu orientieren. "Wir dürfen hier keinen Flickenteppich an Regularien und Kriterienkatalogen entstehen lassen, der nur dazu führt, dass Kommunen gegeneinander ausgespielt werden," betont Stadt- und Kreisrat Christoph Raithel. Die Energiewende sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der der schwarze Peter nicht einfach immer weitergeschoben werden darf.

- ▶ [Weitere Informationen zur Triesdorfer Biodiversitätsstrategie](#)
- ▶ [Freiflächen-Photovoltaikanlagen sind auch Thema der Bauausschusssitzung am 15.02.2021](#)